

Medieninformation

6. Februar 2012

„2012 wird ein anstrengendes Jahr für die Wirtschaft“

Begrüßung zum Jahresempfang der Wirtschaft 2012

von Dr. Harald Augter, Präsident der IHK für Rheinhausen

(Es gilt das gesprochene Wort.)

Anrede,

ich eröffne unseren „Jahresempfang der Wirtschaft 2012“ hier in der Mainzer Rheingoldhalle und heiße Sie alle im Namen der 12 gastgebenden Kammern sehr herzlich willkommen. Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass ich in Anbetracht der vielen Gäste und Ehrengäste aus Wirtschaft, Politik und dem öffentlichen Leben nur wenige Damen und Herren namentlich begrüßen möchte.

Ich begrüße, den Präsidenten des Landtages von Rheinland-Pfalz, Joachim Mertes, den Ministerpräsidenten des Landes Rheinland-Pfalz, Kurt Beck, die Ministerin für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung, Eveline Lemke, den Minister der Finanzen, Dr. Carsten Kühl, den Minister der Justiz und für Verbraucherschutz, Jochen Hartloff, die Ministerin für Integration, Familie, Kinder, Jugend und Frauen, Irene Alt, sowie den Vorsitzenden der SPD-Fraktion im rheinland-pfälzischen Landtag, Hendrik Hering, die Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Julia Klöckner, den Vorsitzenden der Landtagsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, Daniel Köbler, sowie den Vorsitzenden des FDP-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, Dr. Volker Wissing.

Unser herzliches Willkommen gilt den Staatssekretären, den Landräten, den Oberbürgermeistern, Bürgermeister, Beigeordneten und Ratsmitgliedern der Städte und Gemeinden. Ich begrüße auch die Damen und Herren des Konsularischen Corps, die Repräsentanten der Kirchen, der

Medieninformation

OB „2012 wird ein anstrengendes Jahr für die Wirtschaft“

Bundeswehr, der Arbeitsverwaltung sowie der Hochschulen und Schulen, und der Behörden. Stellvertretend für die Gerichtsbarkeit begrüße ich den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes Rheinland-Pfalz, Prof. Dr. Karl-Friedrich Meyer. Ferner heiße ich willkommen die Kollegen der Rhein-Main-Kammern, die Vertreter der Verbände und der Wirtschaftsorganisationen sowie die Vertreter der Gewerkschaften und der kulturellen Einrichtungen. Stellvertretend für die Vertreter der Medien begrüße ich den Sprecher der Geschäftsführung der Verlagsgruppe Rhein-Main, Hans Georg Schnücker. Schließlich darf ich Ihnen die Musiker von Absinto Orkestra ankündigen, die unserer Veranstaltung eine musikalische Note verleihen werden.

Anrede,

der Jahresempfang der Wirtschaft in der Mainzer Rheingoldhalle ist die größte Gemeinschaftsveranstaltung des Mittelstandes und der Freien Berufe in Deutschland. Die 12 beteiligten Kammern der Wirtschaft und der Freien Berufe vertreten über 109.000 Unternehmen in der Region mit mehr als 415.000 Beschäftigten. Wir alle nutzen diese Plattform, um den Dialog mit der Politik zu führen. So haben wir in den vergangenen Jahren unter anderem das Gespräch geführt mit Bundeskanzler Schröder, Bundeskanzlerin Merkel, den Bundeswirtschaftsministern Clement, Glos und Brüderle oder den Parteivorsitzenden Beck, Westerwelle und Gabriel. Heute heißen Peer Steinbrück herzlich willkommen in Rheinland-Pfalz an der Basis des Mittelstandes.

Hier in Rheinland-Pfalz wo die Unternehmenslandschaft zu 99,8 Prozent durch mittelständische Betriebe geprägt wird, erdulden wir, was in der Bundeshauptstadt ausgedacht und uns dann aufgebürdet wird. Wir haben uns nicht nur gegen unsere Wettbewerber in einer globalisierten Wirtschaft zu behaupten. Was uns noch stärker zu schaffen macht, ist der zermürende Alltagskampf gegen Bürokratie, mangelnde Flexibilität und gegen Kosten treibende Gesetze. Das alles bindet Arbeitskraft, belastet uns finanziell und schwächt uns im Wettbewerb. Über das gerade abgelaufene Jahr 2011 beschwerten wir uns nicht, uns sorgen aber die Aussichten. Wurde voriges Jahr noch ein Wachstum von 3 Prozent bilanziert, bewegen sich die Prognosen für 2012 nur noch zwischen 0,3 und 1 Prozent. 2012 wird ein anstrengendes Jahr für die Wirtschaft. Es ist jetzt schon

Medieninformation

OB, „2012 wird ein anstrengendes Jahr für die Wirtschaft“

überschattet von der Ungewissheit über die Stabilität des Euro. Die Ursachen der Krise liegen in der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit einiger Volkswirtschaften sowie in ihrer zu hohen Staatsverschuldung. Diese Regierungen sind aufgerufen, zu sparen.

Der Bundesfinanzminister hat gerade erst vor drei Wochen verkündet, dass er im vorigen Jahr nur ein Haushaltsdefizit von 17 Milliarden Euro verbuchte statt der ursprünglich eingeplanten 48 Milliarden Euro. Das lag an der guten Konjunktur, die 19 Steuer-Milliarden mehr in seine Kassen spülte als erwartet. Es lag an den kauffreudigen Konsumenten, die dem Staat hohe Mehrwertsteuereinnahmen bescherten. Und es lag an den geringen Ausgaben für Arbeitslosigkeit dank einer Rekordbeschäftigung. Das zeigt, wie sehr eine gut gehende Wirtschaft zur Verlangsamung des Schuldenwachstums beitragen kann. Deshalb ist es kontraproduktiv, die Wirtschaft mit immer neuen kostspieligen Gesetzen zu hemmen. Und: Eine echte Schuldenbremse greift erst dann, wenn der Staat auch Ausgaben kürzt.

Stattdessen sind allenthalben neue Steuer-, Gebühren- und Abgabenarten im Gespräch oder bereits beschlossen. Städte und Gemeinden stocken ihre Hebesätze bei Grund- und Gewerbesteuer auf. Alleine hier in Rheinhausen haben voriges Jahr 101 von insgesamt 161 Gemeinden die Grundsteuer B erhöht - im Durchschnitt um 20,3 Punkte. Und über weitere Belastungen für die Unternehmen sprechen Politiker in Bund, Land und Kommunen: Erbschaftssteuer, Vermögenssteuer, EEG-Umlage, Pkw-Maut, Grunderwerbssteuer, Bettensteuer, Vergnügungssteuer, Wassercent, oder Wärme-Last-Plan.

Und das ist es, was die Wirtschaft der Politik seit Jahren ins Stammbuch schreibt: Die Unternehmerinnen und Unternehmer verstehen es nicht, dass die Staatsorgane so ungeheuer kreativ sind, wenn es um neue Einnahmen geht. Aber sie investieren wenig Phantasie in Einsparungen und verschwenden schon gar keinen Gedanken an ein gerechtes und einfaches Steuerrecht. In Deutschland können wir beileibe nicht stolz sein auf unsere 180 Steuergesetze mit

Medieninformation

OB „2012 wird ein anstrengendes Jahr für die Wirtschaft“

mehr als 70.000 Paragraphen und über 96.000 Verwaltungsvorschriften, denen wir auf 185 Steuerformularen Folge leisten müssen.

Die Vielfalt der steuerlichen Regelungen folgt keinem schlüssigen Gesamtkonzept. Zunehmende Intransparenz, Widersprüchlichkeit und immer kompliziertere Rechtsgrundlagen führen nicht nur zu massivem Vertrauensverlust bei Bürgern und Unternehmen - sie schaden auch dem internationalen Ansehen des Wirtschaftsstandortes Deutschland. Die Globalisierung der Finanz-, Waren- und Dienstleistungsströme erhöht den Wettbewerbsdruck weltweit. Deshalb ist es entscheidend, Deutschland als attraktiven Anlage- und Produktionsstandort weiter zu entwickeln und krisenfester zu machen. Nur so lassen sich zukünftig Arbeits- und Ausbildungsplätze sichern.

Wer Wachstum will, muss Leistungsträger in der Wirtschaft fördern. Unternehmerinnen und Unternehmer haben hier eine zentrale Funktion. Sie geben die entscheidenden Wachstums- und Beschäftigungsimpulse. Hier spielt die Steuer- und Abgabepolitik eine zentrale Rolle. Sie sollte die Leistungsträger motivieren und nicht behindern! Das Steuer- und Abgabenrecht muss einfach, transparent und wettbewerbsfähig sein. Unser Land braucht ein verständliches und international wettbewerbsfähiges Steuersystem mit nachvollziehbaren Vorschriften anstelle einer Vielzahl komplizierter Einzelfallregelungen. Wichtig ist die weitgehende Bereinigung des Steuerrechts von Lenkungsnormen.

Sehr geehrter Herr Steinbrück, wir halten Sie für einen realistisch denkenden Menschen. Helfen Sie mit, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es dem Mittelstand erlauben, weiterhin all die Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, die dem Bund, den Ländern und den Kommunen viele Steuermilliarden bescheren. Denn nur mit diesen Steuermilliarden lässt sich ein Gemeinwesen finanzieren, in dem wir alle gerne leben und das unseren Kindern und Kindeskindern eine Zukunft in Wohlstand, Frieden und Freiheit verspricht. Deshalb ist es uns wichtig, dass wir den Dialog mit der Bundespolitik führen. Und deshalb freuen wir uns auf das Gespräch mit Ihnen, sehr geehrter Herr Steinbrück. Seien Sie uns herzlich willkommen.